



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Dr. Franz Josef Jung MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-51828
F 030. 227-56001

franz-josef.jung@bundestag.de
www.cducusu.de

Berlin, 4. Dezember 2015

Einsatz der Bundeswehr gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ – Fragen und Antworten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute haben wir mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen den „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS“ beschlossen. In den nächsten Tagen und Wochen werden wir hierzu Rede und Antwort stehen. Daher sollen mit diesem Rundschreiben **Antworten auf die wichtigsten Fragen** gegeben werden.

1. Warum entsenden wir Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in den Einsatz gegen den IS?

Mit den menschenverachtenden **Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015** hat der IS nicht nur Frankreich, sondern den europäischen Raum der Freiheit und des Rechts angegriffen. Der **Angriff galt unserer Lebensweise und unseren Werten, er galt damit auch uns**. Dagegen müssen wir uns verteidigen. Der IS stellt aufgrund seiner Gewaltideologie, seiner terroristischen Handlungen, seiner anhaltenden schweren, systematischen und ausgedehnten Angriffe auf Zivilpersonen sowie seiner Anwerbung und Ausbildung ausländischer Kämpfer eine **Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit** dar.

Frankreich hat alle EU-Mitgliedstaaten um Beistand nach der EU-Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages) gebeten. Wir stehen **solidarisch an der Seite** unserer Freunde und Partner in **Frankreich**.

- Konkret hat Frankreich uns darum gebeten, den Kampf gegen den IS mit **RECCE-Aufklärungstornados** zu unterstützen. Das sind die **modernsten Aufklärungsflugzeuge**, die es derzeit weltweit gibt. Sie können gestochen scharfe Bilder aufnehmen und diese in Echtzeit übertragen. Die Bilder haben eine Detailtiefe, die Aufklärungsdrohnen

nicht erreichen. So können wir genau **ermitteln, wo sich Stellungen, Infrastruktur und Einheiten des IS befinden**. Damit ermöglichen wir eine zielgenaue Bekämpfung der Terroristen und tragen zugleich dazu bei, dass deutlich besser zwischen Zivilisten und Terroristen unterschieden werden kann.

- Die **Daten** aus den Aufklärungsflügen stehen **ausschließlich den NATO-Mitgliedstaaten** zur Verfügung und davon auch nur denjenigen, **die tatsächlich Einsätze gegen den IS fliegen**. Die Auswertung der Daten erfolgt national, das heißt: **Deutsche Offiziere bestimmen, wer auf welche Daten zugreifen kann**.
- Diese Aufklärungsfähigkeiten werden ergänzt durch einen deutsch-französischen **Aufklärungs-Satelliten**.
- **Entlasten** werden wir **Frankreich**, indem wir einerseits mit einer **Fregatte** den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle schützen und andererseits Frankreich bei der **Luftbetankung** seiner Flugzeuge unterstützen. Unsere Tankflugzeuge sind bereits für die französischen Maschinen zertifiziert.
- Für den laufenden Betrieb, die Versorgung und für Kontingentwechsel ist eine **Mandatsobergrenze** von insgesamt **1.200 Soldaten** erforderlich. Tatsächlich **im Einsatz** werden voraussichtlich **rund 700 Soldaten** sein.
- Darüber hinaus werden wir **Frankreich in Mali entlasten**, indem wir mehr Verantwortung bei der **UN-Friedensmission MINUSMA** im Norden des Landes übernehmen. Hierzu wird der Deutsche Bundestag ein gesondertes Mandat beschließen.

2. Auf welcher Rechtsgrundlage basiert der Einsatz der Bundeswehr?

- Rechtsgrundlage des Einsatzes ist **Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes** in Verbindung mit **Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen** (Recht auf **kollektive Selbstverteidigung**). Die Vereinten Nationen sind ein System kollektiver Sicherheit im Sinne unseres Grundgesetzes. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist anerkannt, dass ein Staat sich (auch mithilfe anderer Staaten) gegen Angriffe eines internationalen Terrornetzwerks verteidigen darf.
- Für die Ausübung des Selbstverteidigungsrechts ist es **nicht erforderlich**, dass stets eine ausdrückliche **Sicherheitsratsresolution nach Kapitel VII** der VN-Charta vorliegt. Ansonsten wäre die Bestimmung

des Artikels 51 der VN-Charta überflüssig. Das Selbstverteidigungsrecht besteht vielmehr so lange, bis es dem Sicherheitsrat gelingt, mittels einer Kapitel-VII-Resolution die internationale Sicherheit wiederherzustellen. Dies ist bislang nicht erfolgt.

- Verstärkende Legitimationswirkung für die Ausübung des kollektiven Selbstverteidigungsrechts entfaltet die **Sicherheitsratsresolution 2249**. Sie ist zwar keine Resolution nach Kapitel VII der VN-Charta. Sie stellt aber mit den Formulierungen des Kapitel VII fest, dass der IS eine Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit ist. Daher ruft der Sicherheitsrat die Staaten dazu auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, **um weitere Terrorakte des IS zu verhindern**.
- Ergänzend stützt sich der Einsatz auf die **EU-Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages**. Auf dem Treffen des Rates der EU-Verteidigungsminister in Brüssel am 17. November 2015 haben **alle Mitgliedstaaten** einhellig den **französischen Antrag nach Artikel 42 Absatz 7 EU-Vertrag unterstützt** und ihren Beistand zugesichert.

3. Was ist das Ziel des Einsatzes und in welche Gesamtstrategie ist der Einsatz eingebettet?

Unser Ziel ist die **Verhütung und Unterbindung terroristischer Anschläge**. Zugleich müssen wir erreichen, dass der IS **keine Gräueltaten mehr an der Zivilbevölkerung** begehen kann. Die **Menschen** müssen **in der Region** endlich wieder **in Frieden leben** können.

Die **Bekämpfung des IS** erfolgt nach dem Ansatz der **Vernetzten Sicherheit**. Das umfasst diplomatische, entwicklungspolitische, polizeiliche und notfalls auch militärische Mittel.

- Der **wichtigste Pfeiler** ist der **politische Prozess der Wiener Verhandlungen** zur Beendigung des Bürgerkrieges in Syrien. Wenn es gelingt, eine **Verständigung zwischen** der verhandlungsbereiten **Opposition und dem Regime** in Syrien erreichen, gibt es die **Chance für ein gemeinsames Vorgehen gegen den IS** im Land. Erstmals sitzen dazu die **USA, Russland**, die **Europäer** aber auch regionale Akteure wie **Saudi-Arabien und Iran an einem Tisch**, um einen Waffenstillstand und einen politischen Übergangsprozess in Syrien auszuhandeln. Bisher wurde vereinbart: In sechs Monaten sollen die Voraussetzungen für eine **Übergangsregierung** geschaffen werden. Ein 18 Mo-

nate langer Übergangsprozess soll schließlich in **freie und faire Wahlen** münden. Dabei stehen der **Erhalt der syrischen Staatlichkeit** und ein **Transformationsprozess weg von Assad** an oberster Stelle.

- Wir setzen zweitens auf die erfolgreiche **Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für Peschmerga, Jesiden und andere gemäßigte Gruppen**, die sich dem IS entgegenstellen. Dazu werden wir das Mandat für die Ausbildungsmission der Bundeswehr im Nordirak von 100 auf künftig **150 Soldaten** erweitern. Und wir stellen bis zu **100 Millionen Euro** zur Ertüchtigung von regionalen Partnern bereit. Mithilfe der Luftunterstützung durch die Anti-IS-Koalition ist es den Peschmerga bereits **gelingen, den IS aus Städten wie Kobane und Sindschar zu vertreiben**. Das zeigt: Es ist **möglich, den IS militärisch zurück zu drängen**.
- Drittens müssen die **Finanzquellen des IS ausgetrocknet werden**. Der UN-Sicherheitsrat hat schon im Februar 2015 beschlossen, dass alle Staaten Geldtransfers an den IS unterbinden müssen. Dies hat er mit **Resolution 2249** nochmals bekräftigt. Deutschland hat das schon umgesetzt und einen eigenen **Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung** geschaffen. Jetzt müssen alle anderen Staaten, insbesondere diejenigen in der arabischen Welt, ebenfalls alles dafür tun, um die **Finanztransfers an den IS zu unterbinden** und insbesondere sein **Ölgeschäft zu vereiteln**.
- Viertens werden wir noch entschlossener die **IS-Propaganda in den sozialen Netzwerken bekämpfen** und in Programme zur **Prävention und Deradikalisierung von Jugendlichen** investieren.
- Fünftens **erhöhen** wir die **humanitäre Hilfe** für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak **um 400 Millionen Euro auf rund eine Milliarde Euro**. Zudem stellen wir im nächsten Jahr **850 Millionen Euro mehr für die Entwicklungszusammenarbeit** bereit. Dieses Geld kommt vor allem den Menschen zu Gute, die vor dem IS fliehen.
- Das zeigt: Eine Bekämpfung des IS im Rahmen der **Vernetzten Sicherheit** ist **nachhaltig** und leistet auch einen wichtigen Beitrag zur **Linderung der Fluchtursachen**.

4. Steigt in Deutschland die Anschlagsefahrdurch den Einsatz?

Es wäre ein **Trugschluss** zu glauben, durch **Nichthandeln** werde die **Bedrohungslage** in Deutschland geringer.

- **Deutschland** befand sich **auch vor dem Mandatsbeschluss schon im Fokus der Islamisten**. Das zeigen die verschiedenen Festnahmen wie der „Sauerland-Gruppe“ oder die Absage des Fußball-Länderspiels in Hannover Mitte November. Zudem leisten wir bereits **seit über einem Jahr Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe an kurdische Peshmerga** im Kampf gegen den IS.
- Es wäre falsch, wenn wir unsere **politischen Entscheidungen** davon **abhängig** machten, ob dadurch ggf. Anschläge durch den IS bei uns provoziert würden. Das wäre **nicht im Sinne unserer freiheitlichen Demokratie**. Dann hätte der islamistische Terrorismus gewonnen.
- Auch **zwei Deutsche kamen in Paris ums Leben** – allein weil sie mit den Franzosen und Bürgern vieler anderer Nationen unser europäisches Leben lebten.

5. Wie sieht unsere Exit-Strategie aus?

Wir wollen mit dem Einsatz der Bundeswehr die Voraussetzungen dafür schaffen, dass lokale Kräfte den **IS aus Syrien und dem Irak zurückdrängen können**. Um den **Menschen** wieder eine **Perspektive für ein friedliches Zusammenleben** in ihrer Heimat zu bieten, setzen wir vor allem auf den **politischen Übergangsprozess**, der derzeit in Wien verhandelt wird.

- Die **Dauer des Einsatzes hängt** vor allem davon **ab**, wie schnell und erfolgreich der **Wiener Prozess** für eine **politische Lösung des Syrien-Konfliktes** verläuft. Je früher sich die Akteure bei den Verhandlungen in Wien auf ein **gemeinsames Vorgehen gegen den IS einigen** können, desto eher werden wir **am Ziel** sein.
- Das **Mandat** für den Bundeswehr-Einsatz ist **auf 12 Monate befristet**. Vor einer Verlängerung werden wir den **Einsatz sorgfältig evaluieren** und – wo nötig – nachsteuern.

6. Wird es eine Zusammenarbeit mit dem syrischen Präsidenten Assad geben?

Klar ist: Es wird **keine Zusammenarbeit mit Assad** geben und **auch nicht mit Truppen unter der Führung Assads**.

- Wir setzen auf den diplomatischen **Verhandlungsprozess in Wien**, der einen **politischen Übergang in Syrien weg von Assad** einleiten soll.

- Klar ist aber auch: Wir müssen die **Staatlichkeit Syriens erhalten**, denn **im Falle eines Staatszerfalls droht neue Gewalt**. Deshalb gilt es, **nach einem Waffenstillstand** und nach freien und fairen Wahlen den **Soldaten in der syrischen Armee** eine **Perspektive** zu bieten und sie in den **Wiederaufbau Syriens einzubinden**.
- **Ohne** diese **Perspektive** würden sich **viele dieser Soldaten** voraussichtlich **dem IS anschließen**. Diese bittere Erfahrung aus dem Irakkrieg gilt es zu vermeiden.

7. Warum wird über das Mandat binnen einer einzigen Sitzungswoche entschieden?

Frankreich hat uns nach den menschenverachtenden Terroranschlägen in Paris um **Beistand** gebeten. Diesen Beistand wollen wir Frankreich **schnellstmöglich leisten**. Das ist auch eine Frage der **Solidarität** für unsere französischen Freunde und eine Frage der **Verlässlichkeit Deutschlands als Bündnispartner**.

- Der **IS** steht **derzeit** durch den Verlust von Gebieten und Öllieferrichtungen **unter Druck**. Diese **Gelegenheit gilt es zu nutzen**.
- Wir machen uns die Entscheidung nicht leicht. So haben wir in **Sondersitzungen der beteiligten Bundestagsausschüsse** sowie in den **Plenardebatten** sorgfältig **abgewogen**, welche Argumente gegen und für den Einsatz sprechen. Insbesondere hatten wir eine **ausführliche und intensive Diskussion in unserer Fraktionssitzung**.
- Die **Grundlagen für die Entscheidung liegen damit vor**.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Franz Josef Jung MdB